

KOMMENTARE



Miray Caliskan zur überraschenden Entscheidung im Fall Deniz Yücel: Inhaftierte Journalisten dürfen keinesfalls vergessen werden

Mutig

Drei Menschen – ein Schicksal: Zehra Dogan saß als Journalistin und Künstlerin für zwei Jahre und einen Monat in Haft. Ihre deutsche Kollegin Mesale Tolu für acht Monate. Und der Journalist Can Dündar, der heute im deutschen Exil lebt, für drei Monate.

Juristische Geisel waren sie, die Vorwürfe klangen immer ähnlich: Mitglied einer Terrororganisation, Terrorpropaganda, Spionage, Volksverhetzung. Als Beweis dienten Veröffentlichungen in Medien. Wenn jemand ein Interview mit einem IS-Sympathisanten führte, bedeutete das für Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, dass man selbst IS-Mitglied ist. Auch der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel saß ein ganzes Jahr lang grundlos im Hochsicherheitsgefängnis Silivri westlich von Istanbul in Untersuchungshaft. Davon neun Monate in Isolationshaft. Ohne Anklageschrift.

Es ist das wiederkehrende Machtspiel von Erdogan gewesen, das zu dieser Verhaftungen geführt hat. So lange er im Amt sei, werde Yücel, der „Terrorunterstützer“, nicht aus dem Gefängnis freikommen, sagte der Regierungschef im Jahr 2017. Er wollte damit seine Kraft demonstrieren, wie schnell er regierungskritische Stimmen in den Tiefen einer Zelle ersticken las-

sen kann. Doch Yücel kam frei. Die Richter zerrissen damals regelrecht die Meinung Erdogans in der Luft. Und nun: wieder ein Ereignis, das – insbesondere nach den Bürgermeisterwahlen in Istanbul – als eine Ohrfeige für den Autokraten Erdogan gedeutet werden kann: Das Verfassungsgericht in Ankara hat entschieden, dass Yücel zu Unrecht in U-Haft gesessen hat. Seine Rechte auf persönliche Sicherheit und Freiheit sowie sein Recht auf Meinungsfreiheit seien durch die Haft verletzt worden.

Es ist bedeutend, dass das Gericht die Pressefreiheit hervorhebt und damit zeigt, dass es zumindest nicht ausnahmslos Erdogans Anweisungen folgt. Doch diese mutige Entscheidung beweist auch mehr denn je, dass Journalisten vom Verfassungsgericht besonders erhört werden, wenn sie die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen haben. Wenn also die internationale Öffentlichkeit Druck ausübt – wie es auch in Deutschland mit der #FreeDeniz-Kampagne der Fall war.

Auf Grundlage der Yücel-Entscheidung müssen Dutzende weitere Journalisten in der Türkei freigelassen werden. Das kann nur mit massiv viel Druck geschehen. Vor allem auf Erdogan, dem die Macht wieder ein wenig entzogen wurde.

Gleich und gleich...

Stefan Vetter über Wladimir Putins und Donald Trumps Auftritte beim G20-Gipfel in Osaka

Auf dem diplomatischen Parkett geht es manchmal zu wie im wahren Leben: Man ist vor Überraschungen nicht gefeit. Vor allem bei Donald Trump. Der US-Präsident hat sich seinen Ruf als großer Kritiker von Angela Merkel hartnäckig erarbeitet. Regelmäßig rügt er die Kanzlerin wegen der vergleichsweise niedrigen deutschen Verteidigungsausgaben. Und dazwischen attackiert er auch immer wieder ihre Flüchtlingspolitik. Von einem „Desaster“ für Deutschland war da schon bei Trump die Rede.

Beim G20-Gipfel in Osaka wurde aus dem stänkenden nun ein flötender Trump: Jetzt ist Merkel auch mal eine „fantastische Person“. Vielleicht lag Trumps Charme-Offensive daran, dass zu diesem Zeitpunkt schon Wladimir Putin in die Rolle des Bösewichts geschlüpft war. In einem Interview vor dem Gipfel-Treffen nannte der russische Präsident den Entschluss der Kanzlerin aus dem Jahr 2015, die deutschen Grenzen für Flücht-

linge zu öffnen, einen „Kardinalfehler“.

Dabei trägt Putin mit seinem militärischen Eingreifen in den Syrien-Konflikt und der massiven Unterstützung für Diktator Baschar al-Assad eine Mitverantwortung dafür, dass es zu den großen Flüchtlingsströmen überhaupt gekommen ist. Immerhin weiß man jetzt, was Putin am liebsten mit ihnen gemacht hätte. Denn er beließ es nicht bei der Merkel-Schelte. Vielmehr lobte Putin Trumps unmenschliches Vorgehen gegen Migranten an der südlichen Grenze der USA.

Ein erschütterndes Bilddokument von zwei offenbar ertrunkenen Flüchtlingen, einem jungen Vater und seiner kleinen Tochter, ging erst vor wenigen Tagen um die Welt. Es ist auch ein Dokument humanitären Versagens. Trump und Putin sind hier zwei Brüder im Geiste. Gerade in der Flüchtlingsfrage muss sich Merkel von ihnen keinen Nachhilfeunterricht erteilen lassen.

Verwelkter Lorbeer

Karl Doemens bewertet die Fernsehdebatte der 20 Präsidentschaftsbewerber der US-Demokraten: Favorit Joe Biden hat einen schwachen Auftritt

Nagut, vielleicht nicht unbedingt Marianne Williamson. Die Autorin von esoterischen Selbsthilfebüchern drohte Donald Trump mit der Macht der Liebe und will außerdem als frischgewählte US-Präsidentin der neuseeländischen Premierministerin Jacinda Ardern auch noch erklären, dass ihr Land nicht der beste Ort für Kinder ist.

Aber sieht man von der „spirituellen Lehrerin“ ab, hinterließen die 20 demokratischen Präsidentschaftsbewerber bei der Fernsehdebatte durchweg den Eindruck, dass sie den Job besser als Amtsinhaber Donald Trump ausfüllen würden.

Das ist die gute Nachricht: In den USA gibt es noch Menschen, die ernsthaft und zivilisiert über

eine verantwortungsvolle Politik streiten, und immerhin 15 Millionen schauen zu. Im direkten Schlagabtausch werden die Positionen abgeglichen und Schwächen deutlich. Das ist die Chance des monatelangen internen Auswahlverfahrens der Demokraten.

Das Risiko liegt ebenso auf der Hand: Die Partei könnte sich selbstfixiert weiter radikalisieren und dabei ihr Hauptziel aus den Augen verlieren: die Ablösung von Trump. Eben diese Aufgabe hat sich der ehemalige Vizepräsident Joe Biden vorgenommen. Sein Dämpfer bedeutet nicht das Aus des Favoriten. Aber er ist ein Warnschuss: Allein mit den Lorbeerern der Vergangenheit ist auch gegen Trump die Schlacht ums Weiße Haus nicht zu gewinnen.



Japanisches G20-Souvenir

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

EU: Vor dem Sondergipfel an diesem Sonntag über das neue Führungspersonal sind alle Bewerber ohne Mehrheit

Durchbruch im Morgengrauen?

Von unserem Korrespondenten
Detlef Drewes

BRÜSSEL. Die magischen Zahlen heißen 21 und 376. Diese beiden Mehrheiten braucht ein Kandidat, der neuer EU-Kommissionspräsident werden will – zunächst im Kreis der Staats- und Regierungschefs, wo eine qualifizierte Mehrheit nötig ist. Später dann auch im Europäischen Parlament. Vor dem Sondergipfel der EU-Staatenlenker an diesem Sonntagabend scheint das Rennen allerdings völlig offen. Keiner der Spitzenkandidaten, mit denen die Parteienfamilien in die Europawahl gegangen sind, kommt auch nur in die Nähe dieser Zahlen. Mehr noch: Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron erteilte nach dem jüngsten EU-Gipfeltreffen vor einer Woche allen drei Führungsfiguren und damit dem Spitzenkandidatenmodell generell eine Absage.

Weber offenbar gescheitert

Sind der Christdemokrat Manfred Weber, der Sozialdemokrat Frans Timmermans und die Liberale Margrethe Vestager also gescheitert? Am späten Freitagabend meldete die „Welt am Sonntag“, das Aus Webers sei besiegelt. Doch das bestätigt zunächst niemand in Brüssel offiziell.

Diplomaten hatten zuvor gewarnt, vor dem „Konklave“, wie es EU-Ratspräsident Donald Tusk bezeichnet hat, irgendjemanden abzuschreiben. Denn die Ausgangslage ist kompliziert: Zwar schlagen die Staats- und Regierungschefs einen Kandidaten vor, das Europäische Parlament muss diesen aber wählen. Die Mehrheit der Parlamentsfraktionen hat sich jedoch festgelegt: Nur



CSU-Vize Manfred Weber muss seinen Traum, EU-Kommissionspräsident zu werden, höchstwahrscheinlich begraben.

BILD: DPA

ein Spitzenkandidat kann neuer Kommissionschef werden.

Sollten die Volksvertreter nicht von ihrer Linie abrücken, sind außer Weber, Timmermans und Vestager alle anderen Namen vom Tisch, die kursieren. Beispielsweise der des französischen Brexit-Chefunterhändlers Michel Barnier, den sich auch Macron vorstellen könnte – nicht aber Kanzlerin Angela Merkel.

Es scheint kaum vorstellbar, dass sie grünes Licht für einen Franzosen gibt, nachdem Macron alles daran gesetzt hat, den deutschen Kandidaten zu torpedieren. Dass der Präsident aus Paris, der Weber mit Hinweis auf nicht vorhandene Regierungserfahrung ablehnt, diesen

doch noch akzeptiert, ist genauso unwahrscheinlich. Vor allem, nachdem der CSU-Politiker in dieser Woche kämpferische Töne angeschlagen hat und in Richtung Macron sagte, bisher hätten „diejenigen obsiegt, die destruktiv unterwegs sind und etwas verhindern wollen“.

Bis Freitag war nicht erkennbar, dass einer der Spitzenkandidaten seine Bewerbung zurückziehen würde. Weber wurde bei Vorgesprächen von der christdemokratischen Mehrheitsfraktion einstimmig unterstützt. Für Timmermans gilt das nur eingeschränkt: Der Sozialdemokrat aus den Niederlanden kann kaum damit rechnen, dass die Parteifreunde aus dem Osten für ihn

stimmen. Schließlich hat Timmermans, der als Vizepräsident der Kommission für die Rechtsstaatsverfahren zuständig war, Länder wie Polen und Ungarn vor den Europäischen Gerichtshof gezerrt. Und bei den Linken gilt Timmermans als nicht wählbar, weil sie seine Zusagen für mehr Arbeitnehmerrechte als unzureichend bezeichnen.

Weber bräuhete die Sozialdemokraten plus Grüne oder Liberale, Timmermans die Christsozialen sowie die Liberalen oder Grünen. Doch die erstarkte Umweltpartei verlangt nach Garantien für eine Klimawende – sieht die aber weder bei den Christ- noch den Sozialdemokraten.

„Ich habe das Gefühl, dass wir näher an einer Lösung sind“, ließ Ratspräsident Donald Tusk am Rande des G20-Treffens im japanischen Osaka durchblicken. Aber es sei noch zu früh, etwas Konkretes zu sagen. Somit bleibt viel Raum für Spekulationen: Verzichtet Weber am Ende doch, um dann Parlamentspräsident zu werden – als Entschädigung für volle fünf Jahre? Denn bisher wurde diese Amtszeit geteilt.

Für dieses Opfer müsste man den Christdemokraten aber wohl einen attraktiven Ersatz für den Chefessel der Kommission anbieten – also doch Barnier? Zwei Christdemokraten in Führungspositionen werden die Sozialdemokraten allerdings kaum zulassen. Außerdem müssen die Liberalen bedient werden, auf deren Seite Macron steht. Und die erstarken Grünen wollen auch an den Topjobs teilhaben. In Brüssel heißt es, der Sondergipfel werde so lange tagen, bis ein Ergebnis vorliegt. Ein Frühstück am Montagmorgen sei denkbar.

Fall Lübcke: Gedenken in Länderkammer / Weitere Festnahmen / Bundesratspräsident fordert zum Eintreten für Demokratie auf

„Müssen uns Hetzern entgegenstellen“

BERLIN. Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) beschäftigt eine Schmiere an einer Baustellenplane in Berlin den Staatsschutz. Unbekannte Täter beschrifteten die Plane mit den Worten „Lübcke hat bezahlt, Merkel noch nicht“, wie eine Polizeisprecherin am Freitag sagte. Die Polizisten entfernten den Schriftzug nach eigenen Angaben „nahezu gänzlich“. Der Staatsschutz ermittelt wegen Sachbeschädigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Im nur wenige Kilometer entfernten Bundesrat hat Ratspräsident Daniel Günther zum gemeinsamen Eintreten für die Demokratie aufgerufen. „Wer Politikerinnen und Politiker ihrer Politik wegen angreift, der will auch den Untergang unseres Staates“, sagte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident (CDU) am Freitag in der Länderkammer.



Regierungspräsident Walter Lübcke war Anfang Juni getötet worden.

BILD: DPA

Der Fall müsse daher einen Wendepunkt markieren.

Der Bundesrat gedachte mit einem kurzen Schweigen Lübckes, der am 2. Juni erschossen worden war. Unter Verdacht steht der geständige 45-jährige Stephan E. aus Kassel. Der Generalbundesanwalt geht von einem rechtsextremen Hintergrund

aus. Günther sagte, der Staat müsse sich gegen Terrorismus jeglicher Art mit größter Konsequenz und Härte zur Wehr setzen. „Unsere zivile Gesellschaft muss sich Hetzern und Rufmördern entgegenstellen.“

AfD verteidigt Äußerungen

Der AfD-Politiker Armin-Paul Hampel hat unterdessen die umstrittenen Reaktionen von Parteikollegen auf den Mordfall verteidigt. Er wies darauf hin, dass die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer der AfD vorgeworfen hatte, das geistige Klima zu schaffen, in dem Walter Lübcke ermordet worden sei. Dies sei unerhört, sagte Hampel am Freitag. Wenn man anfangs, den politischen Gegner quasi als geistigen Wegbereiter eines solchen Falls darzustellen, dann habe man Reaktionen wie die seiner Parteifreunde.

Hampel reagierte damit auf zwei Vorkommnisse dieser Woche. Am

Dienstag hatte der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann erklärt, hätte es den von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu verantwortenden „Massenzustrom an Migranten nicht gegeben, würde Walter Lübcke noch leben“. Am Donnerstag hatte sich der baden-württembergische AfD-Abgeordnete Wolfgang Gedeon geäußert. Im Vergleich zu islamistischem und linksextremistischem Terror sei „politisch gesehen der rechtsextremistische Terror ein Vogelschiss.“

Im Zusammenhang mit dem Fall hatte es zwei weitere Festnahmen gegeben. Gegen Elmar J. und Markus H. war am Donnerstagabend Haftbefehl ergangen, so die Bundesanwaltschaft. Der aus dem Kreis Höxter stammende Elmar J. (64) soll Stephan E. 2016 die spätere Tatwaffe verkauft haben. Den Kontakt soll der aus Kassel stammende Markus H. (43) hergestellt haben. *dpa*